



Tempo 30 im Dorf

In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts gibt es grosse Bestrebungen zur Verkehrsberuhigung im Dorfkern. Die Anstrengungen der Gemeinde scheitern am Veto des Kantons (siehe Archivbeitrag 19880900_Verkehrsberuhigung Dorfkern). 2021 kommt neue Bewegung in die Geschichte der Verkehrsberuhigung: Verschiedene Gemeinden verlangen Tempo 30 auf Hauptstrassen im Ortskern. Unsere Landräte Karl-Heinz Zeller und Marco Agostini, Grüne, reichten Im Landrat ein entsprechendes Postulat ein. Der Gemeinderat beantragt beim Kanton, für die Durchfahrt durch den Dorfkern Tempo 30 zu bestimmen. Lange Zeit herrscht Stillstand in diesen Bemühungen.

Im Sommer 2025 soll die Unterführung Grabenweg unter der Hauptstrasse saniert werden. Da dadurch die Strasse beschränkt befahrbar ist, fordern wir vom Gemeinderat eine Verkehrszählung vor und während den Bauarbeiten.

Im Herbst 2025 schickt Bundesrat Albert Rösti eine Verordnung in die Vernehmlassung, in der er auf dem Verordnungsweg (ohne Möglichkeit des Referendums) den Gemeinden verbieten will, auf Durchfahrtsstrassen Tempo 30 einzuführen. Wir bitten den Gemeinderat, sich an der Vernehmlassung zu beteiligen. An der Gemeindeversammlung vom 8.12.25 fragen wir in einem Antrag nach §69 nach dieser Stellungnahme und nach dem aktuellen Stand der Verkehrsberuhigung im Dorf. Der Gemeinderat gibt die Ergebnisse der Verkehrszählung bekannt, und teilt mit, dass er sich in seiner Stellungnahme gegen die Einschränkung der Gemeindeautonomie gewehrt hat, nach wie vor die Einführung von Tempo 30 Im Dorfkern unterstützt und auf die Massnahmen des Kantons wartet.

Wochenblatt 9.6.2022

Tempo-30 im Dorf

Erstmals manifestierte sich 1985 an einer Versammlung mit dem Tiefbauamt Baselland grosser Unmut über die Verkehrssituation im Dorf. Der Alltag an der Hauptstrasse war und ist heute noch geprägt von hohem Verkehrsaufkommen, Lärm, schweren Unfällen und

Luftverschmutzung. Der Gemeinderat reagierte rasch, veranlasste eine Verkehrszählung und ein lufthygienisches Gutachten der ETH Zürich. Nachdem der Kanton 1987 die Aufnahme der Gemeinde in das Pilotprojekt Tempo 30 verweigerte, wurde der Protest im Dorf immer grösser. Mitglieder der IG Dorf und politisch Aktive aus dem Kreis der späteren Grünen lancierten 1987 eine Petition, die Tempo 30 und eine Verlagerung des LKW-Verkehrs auf die H-18 verlangte.

Ende 1987 konnte Gemeinderat Urs Uehlinger, WIG Knoblauch, das Siegerprojekt für verkehrsberuhigende Massnahmen vorstellen. Immer neue Einwände und Vorgaben von Seiten des Kantons veränderten das Siegerprojekt bis zur Unkenntlichkeit. Nach rund 15 Jahren Planungsarbeit und entsprechenden Kosten haben wir heute zwei dünne Bäumlein und je eine kleine Mittelinsel, die als Tore den Zugang zum Dorf markieren sollen.

2021 gibt es wieder Bewegung in die Tempo 30 Geschichte. Verschiedene Gemeinden verlangen Tempo 30 auf Hauptstrassen im Ortskern. Unsere Landräte Karl-Heinz Zeller und Marco Agostini, Grüne, reichten Im Landrat ein entsprechendes Postulat ein. Ich bin gespannt, was der Gemeinderat an der nächsten Gemeini zum Thema Tempo 30 berichten wird.

Arnold Amacher, Grüne

Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 23. Juni 2022

Mündliche Beantwortung der Anfrage nach § 69 Gemeindegesetz; SP Münchenstein, i. S. Tempo 30 und Begegnungszonen

Gemeinderätin U. Lüscher erläutert das Traktandum mittels PowerPoint-Präsentation. Sie informiert, dass sie drei Fragen, die von Patrick Rickenbach im Namen von der SP Münchenstein gestellt worden sind, wie folgt beantwortet wird:

1. Wie steht der Gemeinderat zu einer punktuellen Einführung von Tempo 30 auf den Kantonsstrassen?

Die Gemeinde Münchenstein hatte bereits in den Jahren 2011 und 2012 beim Kanton angefragt bezüglich der Einführung einer Tempo 30-Zone im Bereich des alten Dorfkerns. Die Anträge wurden damals abgelehnt.

In den letzten Jahren hat ein Umdenken bezüglich Temporeduktionen auf Kantonsstrassen stattgefunden. Eine Temporeduktion wird mittlerweile als sinnvoll erachtet, wenn zum Beispiel in

bestimmten Verkehrsabschnitten Gefahren schlecht erkennbar sind oder übermässige Belastung (Lärm, Schadstoffe) vermindert werden können.

Der Regierungsrat hat letztes Jahr mitgeteilt, dass von acht Gemeinden Anträge vorliegen zur Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h für bestimmte Abschnitte auf Kantonsstrassen. Dazu gehört auch Münchenstein. Der Gemeinderat hatte im Juli 2021 erneut um die Prüfung einer zeitnahen Einführung von Tempo 30 im Dorfkern angefragt. Der Antrag aus Münchenstein soll mit einem Gutachten geprüft werden, wenn erste Erfahrung mit Tempo 30 auf anderen Kantonsstrassen vorliegen. Die ersten Umsetzungen sollen im 2. Quartal erfolgen (Oberwil, Therwil, Bottmingen, Maisprach).

2. Welche Überlegungen macht sich der Gemeinderat zu einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 auf Gemeindestrassen?

Bereits heute haben zahlreiche Gemeindestrassen in Münchenstein eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h.

Zu den Legislaturzielen des GR gehören Verkehrsachsen, welche die zunehmende Nutzung durch den Langsamverkehr unterstützen und attraktiv machen sollen (siehe zum Beispiel Aufgaben- und Finanzplan 2022, S. 10). Dazu gehören flächendeckend Tempo 30 auf Gemeindestrassen sowie Begegnungszonen in Quartieren.

Der Gemeinderat sieht sich durch die Auswertung der Bevölkerungsumfrage 2021 bestätigt: Eine Mehrheit der Befragten denkt, dass die Vorteile von Tempo 30 auf allen Gemeindestrasse höher zu gewichten sind, als die Nachteile.

Seit letztem Jahr beschäftigt sich der Verkehrsausschuss erneut mit dem Thema Tempo 30 auf Gemeindestrassen. Dabei soll geprüft werden, wo Tempolimiten herabgesetzt werden können – zum Beispiel aus Gründen der Sicherheit und zur Reduktion von Lärmbelastung – oder aber bei welchen Strassen Tempo 30 nicht sinnvoll ist.

Konkret heisst das, dass beispielsweise im März 2022 die Kantonspolizei zusammen mit der Verwaltung Vorabklärungen getroffen hat, um herauszufinden, was sinnvoll ist.

Ein nächster Schritt ist die Entscheidung des Gemeinderates, wo dieses Thema weiterverfolgt werden soll.

Ein weiterer Schritt könnte die Ausarbeitung von verkehrstechnischen Gutachten sein.

3. Ist der Gemeinderat bereit, in einem partizipativen Prozess die Bedürfnisse nach Begegnungszonen in den Quartieren in Erfahrung zu bringen und solche Zonen bei Bedarf einzuführen?

Ja, die Prüfung von Begegnungszonen in bestimmten Quartieren ist möglich. Zum Beispiel hatte die Gemeinde im März 2020 auf Wunsch von Anwohnerinnen und Anwohner des Quartiers Fichtenwald eine Umfrage zur Einführung einer Begegnungszone durchgeführt. Die Einführung wurde nicht weiterverfolgt, da die Mehrheit der Anwohner und Anwohnerinnen gegen die Einführung einer Begegnungszone waren.

Es gibt verschiedene Gründe, die bestimmte Quartiere zu einer Begegnungs-Zone qualifizieren. Zum Beispiel ein hoher Anteil des Fuss- und Veloverkehrs in Relation zum motorisierten Verkehr oder eine publikumsintensive Nutzung (z. B. Läden, Restaurants oder Grünräume)

Besteht der Wunsch nach Begegnungszonen in bestimmten Quartieren, kann die Bauverwaltung Auskunft über das Vorgehen geben.

Gemeinderätin U. Lüscher hofft, dass die Fragen wunschgemäss beantwortet werden konnten und freut sich auf Rückmeldungen.

Gemeindepräsidentin Jeanne Locher-Polier bedankt sich bei Gemeinderätin Ursula Lüscher für ihre Ausführungen und erkundigt sich, ob weitere Wortmeldungen erwünscht sind.

Brief der Grünen Münchenstein an den Gemeinderat, 27. Mai 2025



Liebe Jeanne, liebe Ursula

Liebe Gemeinderäte

Mitte Mai haben die Anwohner:innen im Bereiche Hauptstrasse - Unterführung Grabenweg (Münchstrasse-Tramstation Dorf T-10) vom TBA BL einen Brief erhalten mit der Ankündigung, dass die Unterführung Grabenweg von Ende Juni bis Anfang Oktober 2025 saniert werde.

Dazu brauche es eine einspurige Verkehrsführung mit Lichtsignalregelung und Fussgängerstreifen bei der Trotte/Dorfplatz und bei der Einmündung der Lehengasse (beim ehem. Milchhüsli).

Dies wird mit einiger Wahrscheinlichkeit, v.a. am Morgen

- zu einer Abnahme des Durchgangsverkehrs und zu Stau vor der Ampel Fahrtrichtung Basel sowie

- zu Ausweichverkehr über den Lehenrain-Tramstrasse (Veloroute) oder die A-18 führen.

Weiter stellt sich die Frage, ob die geplanten Bauarbeiten einen (negativen) Einfluss auf die in der „alten Gmeini“ geplante Einführung der SEB haben wird.

In diesem Zusammenhang möchte der Vorstand der Grünen Münchensein den Gemeinderat bitten (bzw. stellen den **Antrag**),

- eine **Verkehrszählung** vor Beginn und **nach** Abschluss der Bauarbeiten zu veranlassen

- beim Kanton die vorläufige und **provisorische Einführung von T-30** von der Grenze Arlesheim bis zum Bruckgut zu beantragen, bzw. mit Nachdruck zu verlangen, da einige Autofahrer:innen, die vor der Ampel Richtung Basel im Stau warten mussten, nachher Richtung Bruckgut aufs Gas drücken werden. Auf dieser Strecke kommt es bei riskanten Überholmanövern immer wieder zu gefährlichen Situationen für Velofahren:innen, insbesondere für Schüler:innen. Zwischen dem Dorf kern und dem Bruckgut weist die Fahrbahn teilweise nicht die erforderliche Breite auf, was Überholmanöver noch gefährlicher macht.

Ergänzend soll in diesem Bereich überall dort, wo es möglich ist, vor allem zwischen Gruthweg und Bruckgut eine durchgehende **Sicherheitslinie** aufgemalt werden.

- **Massnahmen** zur Verhinderung des Ausweichverkehrs über den Lehenrain-Tramstrasse zu treffen

und

- Auskunft bei der Kantonspolizei Baselland über die **Anzahl gebüsster Autofahrer:innen**, sowie die gemessenen Geschwindigkeiten einzuholen (vom 08.05.2025 bis am 22.05.2025 stand vis à vis der Einfahrt zum unteren Friedhof-Parkplatz ein Blitzgerät).

Wir danken dem Gemeinderat für seine Bemühungen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Für den Vorstand der Grünen Münchenstein

Arnold Amacher

Die Antwort des Gemeinderates, 4.6.2025

Lieber Noldi

Vielen Dank für Eure Überlegungen und Inputs. Sie helfen uns, die Massnahmen zu optimieren, wo dies möglich ist.

Ich wurde im April von der Bauverwaltung informiert, dass die Begleitmassnahmen durch den Kanton gut aufgeleitet sind, zBsp mit dem Lichtsignal.

Im Gemeinderat wurden Inputs an den Kanton zur Gestaltung der Unterführung, zur Kantonsstrassen-Situation (T 50) sowie zur Trottoir-Besetzung von Parkierenden diskutiert und an die Bauverwaltung weitergegeben.

Es wurde zum wiederholten Mal ein Schreiben an den Regierungsrat verfasst betreffend Temporeduktion auf T 30.

Die Zuständigen der Bauverwaltung sind im Kontakt mit der SEB und werden (oder haben bereits) die Projektleitung des Kantons kontaktiert, um die Anliegen/ Fragen des Vorstandes der Grünen abzuklären, damit in Folge weitere Begleitmassnahmen organisiert werden können.

Sobald Klarheit besteht, welche Massnahmen erforderlich sind und umgesetzt werden können, wird die Bauverwaltung informieren.

Liebe Grüsse

Ursula



Gemeinderat

Ursula Lüscher | Gemeinderätin | Tiefbau/Werke
Schulackerstrasse 4 | 4142 Münchenstein
[061 416 11 00](tel:0614161100) | www.muenchenstein.ch

Mail der Grünen an den Gemeinderat, 9.6.2025

Liebe Ursula

Besten Dank für dein rasches Handeln.

Der Vorstand möchte gerne wissen, ob der GR unsern Brief einfach an den RR weitergeleitet hat, oder ob er unsere Vorschläge mitunterstützt.

In Anbetracht des baldigen Baubeginns gehen wir davon aus, dass eine Antwort aus Liestal bis zur Gmeini vom 16.6. vorliegen wird. Insbesondere sollte die Verkehrszählung vor Beginn (und nach Ende) der Bauarbeiten durchgeführt werden.

Bezüglich Bussenstatistik möchten wir noch anregen, dass die ausgesprochenen Bussen nach der Fahrtrichtung aufgeschlüsselt sein sollte.

Wir hoffen, dass unsere Vorschläge, die aus detaillierter Kenntnis der Situation vor Ort entstanden sind, beim Kanton ein positives Echo finden werden und wir etwas zur Verbesserung Verkehrssicherheit beitragen konnten.

Wir danken dir für deine Bemühungen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Vorstand Grüne Münchenstein

Arnold Amacher



Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 16.6.2025

Arnold Amacher erläutert, dass er mit einem Zwitter kommt, der weder ein Antrag nach § 68 noch eine Anfrage nach § 69 Gemeindegesetz ist. Im Dorf oben gibt es seit Jahrzehnten für Langsamverkehr, insbesondere für Schulkinder, eine unhaltbare Situation. Man hat bereits vier Regierungsräte zu diesem Thema verbraucht. Mitte Mai hat man eine Information erhalten, dass der Kanton die Unterführung, welche die Schulkinder von der Haltestelle Dorf den Grabenweg hinauf zum Schulhaus Löffelmatt führt, sanieren wird. Das ist alles in Ordnung. Das führt aber dazu, dass der Kanton mindestens drei Monate die Strasse halbseitig sperren muss, was als Folge davon zu Beeinträchtigungen und Verkehrsbelastungen führen wird. Die Strasse erfüllt nicht die geforderte Normrichtlinie bezüglich Breite, d. h. die Velofahrer müssen sich die Strasse hinunter vom Verkehr bedrängen lassen.

Es gibt leider Personen, die gnadenlos auf diesem kurzen Strassenabschnitt überholen, um ein paar Sekunden herauszuholen, um sich später wieder in die Kolonne reinzudrücken. Die Leittragenden sind immer die Velofahrer/-innen und gefährdet sind natürlich auch die Fussgänger/-innen auf dem Trottoir. Rechts ist die Situation viel besser, weil es auch bergauf geht.

Der Kanton hat zwei Wochen im Mai eine Radarkontrolle durchgeführt, bei welcher bergab geblitzt wurde. Folgen von diesem Bauvorhaben, das absolut unbestritten ist, sind die folgenden: Es besteht ein grosser Durchgangsverkehr, geschätzte Anzahl Fahrzeuge in beide Fahrtrichtungen sind ca. 15'000. Am Morgen kumuliert sich das, wenn die Leute arbeiten, gehen im Gegensatz zum Feierabendverkehr, der zeitlich breiter gestreut ist. Das Problem ist also vor allem am Morgen, d. h. es wird vor der Rotlichtanlage, die jetzt benötigt wird beim Grabenweg auf der Höhe der ehemaligen griechischen Taverne, Stau in Richtung Basel entstehen. Es wird mehr Umgehungsverkehr geben und es wird einmal mehr erhöhte Unfallgefahr Richtung Basel geben für die Velofahrer.

Wenn man vor so einer Rotlichtanlage steht, dann steigt der Pegel der Nervosität an. Deshalb werden die Autos, die bergab fahren, viel Gas geben, auch wenn sie zeitlich nichts gewinnen. Deshalb haben die Grünen Münchenstein beim Gemeinderat Massnahmen angeregt wie folgt:

- Provisorische Einführung Tempo 30
- Überholverbot im Dorf bis Bruckgut
- Verkehrszählung vor Beginn und nach Abschluss der Bauarbeiten

Weiter haben die Grünen Münchenstein den Gemeinderat um folgende Informationen gebeten:

- Anzahl Bussen wegen Geschwindigkeitsübertretung im Bereich Gruthweg-Bruckgut und in welche Fahrtrichtung
- Geplante Massnahmen zur Verhinderung des Umgehungsverkehrs (Lehenrain)

Arnold Amacher betont, dass der Gemeinderat alles richtig gemacht hat. Er hat die Anfrage an den Kanton weitergeleitet. Vom Kanton sind bisher keine Informationen eingetroffen.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Arnold Amacher für seine Ausführungen und übergibt das Wort an Gemeinderätin Ursula Lüscher.

Gemeinderätin Ursula Lüscher bedankt sich bei Arnold Amacher für seine Ausführungen und erläutert, dass der Gemeinderat die Situation kennt. Sie kann einen Teil der Fragen beantworten und wird die anderen an die Verwaltung zur Bearbeitung weitergeben.

Gemeinderätin Ursula Lüscher wurde von der Bauverwaltung über das Vorhaben des Kantons informiert sowie über aufgegleiste Massnahmen wie die Installation einer Lichtsignalanlage und dass die Gemeinde allenfalls Lotsen für die Kinder über den Fussgängerstreifen organisieren wird.

Im Gemeinderat wurde das Thema auch diskutiert. Auch die Gestaltung der Unterführung wurde thematisiert. Auch die Situation mit der Kantonsstrasse wurde bereits mehrmals diskutiert und mehr als dreimal wurden diesbezüglich bereits Forderungen an den Kanton gestellt. Auch die Trottoirbesetzung neben der Unterführung wurde durch die Bauverwaltung an den Kanton weitergegeben. Die zuständigen Personen der Bauverwaltung sind in Kontakt mit der Projektleitung des Kantons und haben den Kontakt wieder aufgenommen. Mit der Schulergängenden Betreuung findet ebenfalls ein Austausch statt. Die Gemeinde hat auch überprüft, ob eine alternative Route erarbeitet werden kann zu derjenigen, die der Kanton vorgeschlagen hat.

Der Gemeinderat nimmt an, dass der Ausweichverkehr über die Lehenmatt nicht wirksam sein wird, da es keine attraktive Strasse ist, um schnell ausweichen zu können. Es ist eine schmale Strasse mit Gegenverkehr und unten befindet sich eine Trambarriere. Das lohnt sich wahrscheinlich gar nicht. Aber der Gemeinderat wird es beobachten und allenfalls kurzfristige Massnahmen in die Wege leiten.

Betreffend Tempo 30 hat die Gemeinde wiederholt Anträge an den Kanton gestellt. Die letzte Forderung wurde gestellt, als entschieden wurde, dass die Schulergängende Betreuung in die Alti Gmeini kommt.

Die anderen Themen, die von A. Amacher formuliert wurden, wird Gemeinderätin Ursula Lüscher an die Verwaltung weitergeben, da sie nicht über die nötigen Informationen verfügt.

Geschäftsleiter Stefan Friedli informiert, dass er über keine Bussenauswertung verfügt. Das Ergebnis wird wahrscheinlich irgendwann einmal kommen, aber es hat sicher ordentlich geblitzt. Was er aber noch in Absprache mit Gemeinderat David Meier zeigen möchte, ist das

Thema Fusswegführung für Kinder vom Löffelmatt-Schulhaus zur Schulgängenden Betreuung SEB in der Alti Gmeini. Das ist sicher ein Thema, da die Unterführung für drei Monate nicht zur Verfügung stehen wird.

Arnold Amacher interveniert, dass der Gemeinderat und die Verwaltung alles gut machen und er vom Kanton gesehen hat, wie die Fussgängerführung sein soll. Das ist alles perfekt. Man soll aber die Verkehrszählung erstellen, da dies die Grundlagen zum Diskutieren sind. Man sollte die Zahlen vor dem Baubeginn haben, der in zwei Wochen stattfinden wird. Das sollte realisierbar sein, und zwar vorher und nachher. Er will einfach nochmals darauf hinweisen, dass es bergab sehr gefährlich ist und der Kanton seine eigenen Richtlinien nicht einhält, da die Fahrbahn zu schmal ist, auf Kosten der schwachen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Arnold Amacher für seine Ausführungen und bestätigt, dass es so ist. Sie übergibt das Wort an Geschäftsleiter Stefan Friedli.

Geschäftsleiter Stefan Friedli wurde angefragt, ob die Unterführung Bestandteil der Fusswegführung der Kinder ist, die vom Schulhaus Löffelmatt in die Alti Gmeini gehen zur Schulgängenden Betreuung SEB im Zusammenhang mit der Sanierung. Deshalb zeigt der Geschäftsleiter Stefan Friedli den Fussweg der Kinder vom Löffelmatt-Schulhaus zur Schulgängenden Betreuung SEB in der Alti Gmeini auf, so wie es die Gemeinde lösen möchte. Dieser Weg liegt fernab von der vom Verkehr frequentierten Hauptstrasse. Dies ist jedoch nicht möglich, da der Übergang zu gewissen Baustellenzeiten nicht zur Verfügung steht. Deshalb ist nun geplant, dass die Kinder in den Steinweg gehen und dann die Rütigasse hinunter wieder zur Hauptstrasse gelangen. Dort gibt es zwar eine Insel mit einem Fussgängerstreifen, was aber bei dieser Anzahl Kinder nicht sehr hilfreich ist. Deshalb wird dort ein Verkehrsdienst eingesetzt, der zu den Schulverkehrszeiten den Verkehr regelt und dafür sorgt, dass diese Schülerinnen und Schüler, die nicht den Pedibus nutzen, sicher über die Strasse kommen. Für alle Kinder bis und mit der zweiten Klasse steht unentgeltlich ein Pedibus zur Verfügung für den Transport zur Schulgängenden Betreuung. Für alle älteren Kinder, die den sehr guten Schulweg zu Fuss nutzen, wird an den neuralgischen Punkten ein Verkehrsdienst eingesetzt.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Geschäftsleiter Stefan Friedli für seine Ausführungen und übergibt das Wort an Gemeinderat David Meier.

Gemeinderat David Meier erläutert, dass die Gemeinderäte auch Münchensteinerinnen und Münchensteiner sind. Er kann nur bestätigen, was Arnold Amacher erwähnt hat. Der Gemeinderat hat die Hauptstrasse bereits x-fach thematisiert. Gemeinderat David Meier fährt sehr oft diese Strasse hinunter und denkt dann auch, so wie Arnold Amacher, an den grünen Regierungsrat. Auch für ihn ist es unvorstellbar, dass diese Strasse, die vor zwei bis drei Jahren sanft renoviert wurde, schon fast wieder auseinanderfällt. Auch Gemeinderat David Meier ist sehr unglücklich darüber und teilt die Meinung von Arnold Amacher, dass es extrem gefährlich ist.

Er betont nochmals, dass die Mitglieder des Gemeinderates auch Einwohnerinnen und Einwohner von Münchenstein sind und hier wohnen. Die Kinder, über welche hier immer wieder gesprochen wird, sind nicht unbedingt seine eigenen Kinder, aber diejenigen seiner Nachbarn, die er persönlich kennt. Alle diese Lösungen, die der Gemeinderat hier ausarbeitet, liegen dem Gemeinderat deshalb persönlich am Herzen. Er will dies hier erwähnen, weil manchmal der Eindruck entsteht, dass der Gemeinderat weit weg von den Einwohnerinnen und Einwohnern ist, was absolut nicht der Fall ist. Der Gemeinderat will auch gute Lösungen erreichen, was nicht immer einfach ist. Nicht für alle Leute ist die gleiche Lösung immer gut, was man bei der Mobilfunkantenne gesehen hat. Betreffend die Schulwegsicherheit ist der Gemeinderat sehr bemüht, bestmögliche Situationen zu schaffen und gute Lösungen zu finden. Gemeinderat David Meier wollte hier auch ein wenig die emotionale Seite des Gemeinderates darstellen.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Gemeinderat David Meier. Sie informiert, dass einer ihrer Enkel auch diesen Weg nehmen muss, da er nicht die Unterführung benutzen kann. Sie übergibt nochmals das Wort an Arnold Amacher.

Arnold Amacher hofft, dass seine Aussagen richtig verstanden wurden. Er wollte nicht den Gemeinderat an den Pranger stellen. Es ist die Regierung, die hier blockiert. Es geht nicht um Grün und Rot. Man hat auch die Justiz- und Polizeidirektion, die hier auch die Finger im Spiel hat. Es wird immer mit Paragrafen, Strassenbreiten und Lastwagenverkehr, der unbedingt durchfahren muss, argumentiert, und die lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, die zehn Sekunden schneller auf der Autobahn sind, wenn sie überholen. Es ist nicht eine politische Frage, sondern, es ist eine Frage von Leuten, die einfach nicht bereit sind, die Probleme zu sehen und etwas dafür zu machen. Ob links oder rechts, das ist Arnold Amacher egal.

Mail des Gemeindeverwalters, 11.9.2025

Lieber Noldi

Wir können gut verstehen, dass den Grünen Münchenstein, nachdem sie sich seit nun rund 40 Jahren für das Anliegen i.S. Tempo 30 auf der Hauptstrasse im Dorf einsetzen, langsam die Geduld ausgeht.

A).... So viel zum "Intro". Die nachfolgenden Ausführungen schreibe ich mit gemischten Gefühlen....

+ Positiv

In meiner Wahrnehmung hat sich die Gemeinde Münchenstein in den vergangenen rund 15 Jahren (Zeitraum, den ich persönlich beurteilen kann) massgeblich in ihrer Haltung gegenüber Tempo 30 Zonen und neuerlich auch gegenüber Tempo 20 bzw. Begegnungszonen verbessert. Auf jeden Fall werden in Münchenstein entsprechende Anliegen mittlerweile wesentlich kundenorientierter aufgenommen als dies im Kanton Baselland und teilweise auch in der Schweiz der Fall zu sein scheint (vgl. Motion/Gesetzesinitiative "Tempo 30 auf Hauptstrassen nur mit Zustimmung des Volkes" <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/landrat-parlament/geschaefte/geschaefte-ab-juli-2015?url=https%3A%2F%2Fbaselland.talus.ch%2Fde%2Fpolitik%2Fcdws%2Fgeschaefte.php%3Fgid%3Dc84cef43e804489db5e529575a3b7341> // eine politisch-inhaltlich zwar etwas gefärbte aber trotzdem übersichtliche Zusammenstellung der verschiedenen Bestrebungen in verschiedenen Kantonen findet sich unter <https://www.umverkehr.ch/aktuell/2025-06-20/nein-zum-angriff-auf-tempo-30>

Ebenfalls als positiv zu beurteilen ist die Organisation der schulergänzenden Betreuung, für welche mitunter dank dem Einsatz von Lotsen eine Wegführung gefunden wurde, die sich bewährt und die wohl eher attraktiver und sicherer ist als die Wegführung via Personenunterführung Grabenweg.

Negativ

Deine Intervention Namens der Grünen Münchenstein so u.a. die E-Mail vom 9.9.2025 haben mich veranlasst, die internen Akten, die wir mit der Begründung des laufenden Verfahrens nicht (noch nicht) zur Einsichtnahme offenlegen, zu studieren. Leider muss ich feststellen, dass letztmals im August 2023 ein Antrag an den Kanton BL (an die Sicherheitsdirektion) bezüglich Tempo 30 auf der Hauptstrasse gestellt wurde. Dieser Antrag ist bis heute unbeantwortet geblieben – Die Begründung für die fehlende materielle Beantwortung wird mündlich von den kantonalen Instanzen sowohl SID als auch BUD mit dem Verweis auf die noch laufenden formellen Verfahren vor Bundesgericht betreffend Tempo 30 in Oberwil, Bottmingen und Therwil begründet.

Seither wurden durch die Gemeinde keine weiteren Anträge, Interventionen oder Nachfragen mehr schriftlich an kantonale Amtsstellen oder gar an den Regierungsrat gerichtet. Das heisst konkret:

Das von Gemeinderätin Ursula Lüscher erwähnte Schreiben an den Regierungsrat wurde zwar vom Gemeinderat in Auftrag gegeben, ist aber durch die Verwaltung nie verschickt worden – Ursula Lüscher wurde im Februar 2025 lediglich ein Entwurf übermittelt – sie wurde nicht darüber orientiert, dass anschliessend kein Versand erfolgte.

Auch im Rahmen der Koordinationssitzungen zur Sanierung der Personenunterführung Grabenweg wurde Seitens der Gemeindeverwaltung keine vorübergehende Temporeduktion auf Tempo 30 (während Baustellenbetrieb) gefordert, obwohl dies der Gemeinderätin Ursula Lüscher durch die Verwaltung so in Aussicht gestellt wurde und diese Temporeduktion wohl hätte eingefordert werden können.

Ø Fazit: Die Tatsache, dass in den vergangenen 2 Jahren kein dokumentierter Versuch mehr unternommen wurde, den Kanton dazu zu bewegen auf der Hauptstrasse im Dorf eine Temporeduktion auf Tempo 30 zu veranlassen ist nicht auf einen mangelnden Willen des Gemeinderates oder der zuständigen Gemeinderätin zurückzuführen – im Gegenteil – ich muss einräumen, dass dies ausschliesslich der Untätigkeit der Verwaltung zuzuschreiben ist und schlussendlich ich als Leiter dieser Verwaltung hierfür mitverantwortlich bin.

Trotzdem ist es wichtig, dass wir in dieser Sache partnerschaftlich zusammenarbeiten um ein gemeinsames Ziel zu erreichen und uns nicht gegenseitig mit Forderungen, vermeintlichen Lösungsvorgaben und Ausflüchten selber beschäftigen und "verzetteln" bzw. die Kernanliegen verwässern.

B) Gibt es einen sachlichen Grund für die Untätigkeit der Gemeindeverwaltung?

Ja – den gibt es. Grund ist aber nicht, dass die Verwaltung aus fachlicher Sicht etwas gegen die Einführung von Tempo 30 einzuwenden hätte, sondern dass die Position der kantonalen Instanzen sowohl der Sicherheitsdirektion als auch der Baudirektion jegliche aktuellen Interventionen als sinnlos erscheinen lässt. Begründung:

Die vorgenannten kantonalen Instanzen haben sowohl gegenüber der Gemeinde Münchenstein als auch gegenüber weiteren anfragenden Gemeinden dargelegt, dass Gesuche auf Tempo 30 auf verkehrsorientierten Strassen (Kantonsstrassen, Hauptstrassen) erst dann beurteilt werden, wenn die Gerichtsentscheide betreffend Oberwil, Bottmingen und Therwil vorliegen – diese Informationen erfolgen prompt und immer mündlich Hiervon ausgenommen sind Temporeduktionen auf verkehrsorientierten Kantonsstrassen die in Zusammenhang mit beispielsweise aus einem Gestaltungskonzept eines Dorfkerns oder grösseren Quartierplanungen erfolgen. Die erwähnten Gerichtsverfahren laufen seit rund vier Jahren und sind aktuell (seit rund 1.5 Jahren) vor Bundesgericht anhängig. Dieses Verhalten des Kantons steht in direktem Widerspruch zum Merkblatt des Kantons betreffend Tempo 30 (siehe Rubrik verkehrsorientierte Strasse) <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/sicherheitsdirektion/polizei/bewilligungen-tempo-30>

Unsere Gemeindepolizei hat gestern bei der Kantonspolizei das Begehren eingereicht, im Baustellenbereich eine temporäre Temporeduktion auf Tempo 30 zu signalisieren – die Antwort der Kapo erfolgte umgehend und wiederum nur mündlich – mit dem Hinweis, dass ihr die Hände gebunden seien, solange die vorgenannten Gerichtsentscheide nicht vorliegen. Es

ist offensichtlich, dass es nicht nur um die pendenten Entscheidungen des Bundesgerichts geht, sondern wohl viel eher um einen politisch motivierten Planungsstopp auf Kantons-ebene.

Mit diesen Ausführungen versuche ich die Untätigkeit der Verwaltung zwar zu erklären, nicht aber zu entschuldigen.

C).... Was beabsichtigen die Grünen Münchenstein mit ihren Anfragen?

Aus meiner Sicht versuchen die Grünen Münchenstein zusätzliche Argumente zu sammeln, um den Kanton dazu zu bewegen, die Planungen i.S. Tempo 30 endlich anzugehen.

Zu den konkreten Anfragen / Begehren:

1. Verkehrszählung vor-, während und nach dem Baustellenbetrieb:

Selbst wenn, was auch der Fall ist, das Verkehrsaufkommen während der Baustelle auf der Hauptstrasse deutlich geringer ist, weil sich die Automobilisten andere Wege suchen (wobei die Lehengasse offensichtlich nicht für Umfahrungen benutzt wird), lässt sich daraus keine sinnstiftende Argumentation ableiten – die Umfahrbarkeit der Hauptstrasse ändert nichts daran, dass es sich dabei um eine verkehrsorientierte Kantonsstrasse handelt (vgl. oben).

Abgesehen davon läuft das Strassenbauprojekt Talstrasse – das die Umfahrung der Hauptstrasse und die Rückstufung der Hauptstrasse zu einer Gemeindestrasse vorsieht (vgl. hierzu https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/bau-und-umweltschutz-direktion/tiefbauamt/projekte-baustellen/projekte/copy_of_arlesheim-muenchenstein-verlegung-kantonsstrasse-ins-tal) – das Interesse der Gemeinde an diesem Projekt ist mitunter auch die Tatsache, dass damit die Hauptstrasse als Gemeindestrasse ins Eigentum der Gemeinde überführt wird und wir anschliessend selber die Tempo 30 Zone einführen und auch gestalten können. Dieses Interesse und die damit verbundene Unterstützung der Gemeinde ist für den Kanton wichtig und ich glaube nicht dass er diesen "Trumpf" so schnell aus der Hand gibt (*persönliche Meinung – lässt sich nicht auf objektive Tatsachen abstützen*).

Der Wunsch betreffend Verkehrszählungen vor und nach der Bauphase der Unterführung Grabenweg wurde bzw. wird nicht umgesetzt, da daraus keine verwertbaren Erkenntnisse abgeleitet werden können. Eine Verkehrszunahme im Sinne von Umfahrungsverkehr über die Lehengasse war gemäss Gemeindepolizei weder zu erwarten, noch ist diese Situation eingetreten. Es ist nicht zielführend, wenn die Grünen Münchenstein eine These aufstellen und den Gemeinderat anschliessend auffordern diese These zu überprüfen, obwohl offensichtlich ist, dass sich der Lehenrain aufgrund seiner Ausgestaltung und mit der Tramquerung als Umfahrungsroute nicht eignet und ebenfalls offensichtlich ist, dass das daraus ableitbare Argumentarium die Zielbestrebung, Tempo 30 auf der Hauptstrasse zu erlangen nicht unterstützt.

2. Auswertung der Geschwindigkeitskontrollen des Kantons (Grüne) – Unfallstatistik S. Haydn

Tatsächlich wurden die von dir bereits mit E-Mail vom 27.5. geäusserten Fragen an der Gemeindeversammlung vom 16.6. erneut geäussert und der Gemeinderat wurde zur Beantwortung aufgefordert. Ergänzt wurden diese Fragen mit weiteren Fragen durch Stefan Haydn betreffend Unfallstatistik. Diese Anfragen wurden zur Beantwortung entgegengenommen. Im Nachgang zur Gemeindeversammlung wurden durch die Gemeindepolizei die entsprechenden Auswertungen vorgenommen. Die Ergebnisse liegen vor und werden an der nächsten Gemeindeversammlung als Beantwortung auf die gestellten Anfragen dargelegt – an dieser Vorgehensweise ist festzuhalten, da sonst die Gemeindeversammlung in ihrer Bedeutung ausgehöhlt wird.

Im Ergebnis kann ich aber vorwegnehmen, dass weder i.S. Tempoüberschreitungen noch i.S. Verkehrsunfälle mit Personenschaden die Hauptstrasse hervorsticht – im Gegenteil liegt die Hauptstrasse in beiden Themen deutlich unter dem Durchschnitt vergleichbarer Verkehrsträger – *Tempo-Übertretungsquote knapp 0.5% bei über 10'000 gemessenen Fahrzeugen.*

D) Vorgehensvorschlag

Falls die Grünen Münchenstein und der Gemeinderat mehr Druck auf die kantonalen Instanzen bzw. die Regierung an sich ausüben wollen, so wäre es sinnvoller, wenn sie sich zusammensetzen würden und gemeinsam ein tatsächlich stichhaltiges Argumentarium erarbeiteten, das dann jeder für sich evt. auch unter Einbezug der SP entsprechend seinen Möglichkeiten einsetzt

Ich bin mir bewusst, dass diese E-Mail viel zu ausführlich ist – und viel zu kurzfristig vor der Vorstandssitzung der Grünen heute Abend zugestellt wird – hoffe aber trotzdem, damit einen Beitrag zu einer zielführenden Diskussion für diese Vorstandssitzung leisten zu können.

Liebe Grüsse

Stefan Friedli



Gemeindeverwaltung

Lic. iur. Stefan Friedli | Geschäftsleiter
Schulackerstrasse 4 | 4142 Münchenstein
061 416 11 00 | www.muenchenstein.ch

PS: Der Inhalt dieser Email wurde vor dem Versand mit Gemeinderätin Ursula Lüscher besprochen – Ursula Lüscher unterstützt die darin gemachten inhaltlichen Aussagen und wäre gerne bereit eine gemeinsame Vorgehensweise gemäss lit. D anzugehen.

Unsere Antwort am 12.9.2025



Lieber Stefan

Wir danken dir für deine ausführliche Stellungnahme. Wir haben sie eingehend diskutiert.

In einem Punkt (C 1.) -Verkehrszählung- sind wir dezidiert anderer Meinung- die Resultate können/könnten ein Puzzleteil bei einer zukünftigen Diskussion/bei einem zukünftigen Vorgehen sein. **Das Gleiche gilt** unseren Informationen zur Folge für die Feststellung, dass die Hauptstrasse zwischen Gruthweg und Bruckgut **nicht den Normen für eine verkehrsorientierte Kantonsstrasse** entspricht. Sollte es dort zu einem Unfall mit z.B. SchülerInnen kommen, so müssten wir uns eine Verantwortlichkeitsklage gegen den Kanton überlegen (oder??), auch wenn die bisherigen Unfallzahlen nichts Auffallendes ergeben haben sollen. Im Übrigen sind wir im Besitze von Bildern schwerer Unfälle vor der Trotte, die allerdings schon einige Zeit zurückliegen.

Die Blitzerergebnisse möchten wir gerne in **Zahlen** sehen. Die angeblich niedrige Rate widerspricht Beobachtungen von Leuten bei der Bushaltestelle und beim Früchteverkaufsstand.

Wir halten unseren Antrag für eine **Verkehrszählung vor Abschluss der Bauarbeiten und vor Beginn Herbstferien, sowie nach Abschluss der Bauarbeiten** nach wie vor für wichtig und richtig: ein kleiner Aufwand, den wir nachträglich nicht nachholen können.

An wen bei der Gemeinde müssen wir uns wenden, damit er/sie dieses Anliegen beim Kanton dringend vertritt?

Ich danke dir für deine Hilfe und wünsche dir ein schönes Wochenende.

Noldi

PS.: Deinen Input zum weiteren Vorgehen haben wir auf unsere Traktandenliste gesetzt. Wir melden uns wieder.

Unser Mail an den Gemeinderat vom 20.11.2025



Münchenstein, 20. Nov. 2025

An den Gemeinderat

4142 Münchenstein

Liebe Jeanne, liebe Ursula,

wie Ihr sicher mitbekommen habt, hat Bundesrat Röstli am 3. September 2025 die revidierte Signalisations- und Lärmschutz-Verordnung publiziert und das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Die vorgeschlagene Änderung will den Gemeinden und Kantonen de facto verbieten, auf verkehrsorientierten Strassen innerorts Tempo 30 einzuführen und führt für die Gemeinden zu hohen Mehrkosten. Das ist ein massiver Eingriff in die Gemeindeautonomie und verletzt basisch-demokratische Prinzipien, was in diesem Fall besonders gravierend wäre für die direkt betroffenen Anwohner:innen. Die Vernehmlassung dauert bis zum 5. Dezember 2025.

Wir fragen den Gemeinderat daher an, ob der Gemeinderat im Namen der Gemeinde Münchenstein sich an dieser Vernehmlassung beteiligt hat und sich gegen das Verbot von Tempo 30 gewehrt hat. Wenn der Gemeinderat das bereits gemacht hat, danken wir herzlich dafür. Falls nicht, bitten wir Euch sehr, das bis zum 5. Dezember 2025 noch zu tun.

Wir danken dem Gemeinderat für seine Bemühungen um die Verkehrsberuhigung und grüssen freundlich

Im Namen der Grünen Münchenstein

Anton Bischofberger, Vizepräsident und Anja Kribek-Kaufmann, Ressort Verkehrsberuhigung

kontakt@gruenemuennenstein.ch

Gemeindeversammlung vom 8. Dez. 2025

Anfrage nach §69 von Noldi Amacher



Liebe Münchensteinerinnen und Münchensteiner

Die Grünen M'stein möchten die heutige Gmeini dazu nutzen, dem GR drei Fragen zum «Stand der Dinge» bez. Einführung von T-30 auf der Hauptstrasse stellen.

Auf Grund von schweren Unfällen und der konstanten Lärmbelastung durch den Durchgangsverkehr lancierten Anwohnerinnen und Anwohner bereits 1987 eine Petition zur Einführung von T-30 auf der Hauptstrasse. Auch im Landrat wurde eine entsprechende Petition eingereicht und die Regierung setzte eine Arbeitsgruppe ein. Erste Bemühungen zur Verkehrsberuhigung wurden unseres Wissens bereits früher von der IG Dorf unternommen. Leider haben wir keine entsprechenden Dokumente.

Auflegen: 2 Unfallbilder und Bild Zeitungsausschnitt.

Als mageres und schliesslich von der Regierung akzeptiertes Resultat vieler Planungen wurden am Ein- und Ausgang des Dorfes eine Verkehrsinsel mit je einem Baum errichtet, die den Verkehr verlangsamen sollten.

Nach wie vor ist die Hauptstrasse eine für Velofahrerinnen und Velofahrer, sowie wie für Fussgänger gefährliche Strasse.

Bergab, zwischen Gruthweg und Bruckgut gibt es keinen Velostreifen. Die Hauptstrasse entspricht unseres Wissens nicht den Vorgaben für eine verkehrsorientierte Durchgangsstrasse (Kantonsstrasse). V.a. im Winter, bei Dämmerung und Dunkelheit, kommt es für Velofahrerinnen und Velofahrer und v.a. für über 12 Jahre alte Schülerinnen und Schüler, die nicht mehr auf dem Trottoir fahren dürfen, zu gefährlichen Situationen, u.a. wegen riskanter Überholmanöver durch Autofahrerinnen und Autofahrer.

Auflegen: Foto

Bundesrat Rösti versucht seit einigen Monaten, den Gemeinden und Städten auf dem Verordnungsweg das Recht zu nehmen, auf ihrem Hoheitsgebiet T-30 zu realisieren, bzw. zu verlangen. Ein entsprechender Vorschlag ist zur Zeit in Vernehmlassung. Der Verordnungsweg ist ein besonders perfider Angriff auf die Gemeindeautonomie, da die Parlamente und die Stimmbevölkerung bei Verordnungen nicht mitbestimmen können. Dieses Vorgehen ist zur Zeit in den USA gang und gäbe.

T-30 führt zu weniger schweren Unfällen innerorts, zu weniger Lärm- und Umweltbelastung zu einer Verflüssigung des Verkehrs und bestenfalls zu einer minimalen Zeitverzögerung für Autofahrerinnen und Autofahrer. Um den Abend nicht zu verlängern habe ich Ihnen entsprechende Literaturangaben/Links mitgebracht und möchte darum bitten, dass diese ins Protokoll aufgenommen werden.

Auflegen: drei Literaturangaben und Tagesgespräch mit dem BfU-Direktor Stefan Siegrist

Wir möchten den GR bitten, folgende drei Fragen zu beantworten:

1. **Hat sich der Gemeinderat an der Vernehmlassung zu der von BR Rösti geplanten Revision der Signalisations- und Lärmschutzverordnung, die die Gemeinden massiv in ihren Kompetenzen einschränken will, geäußert? Falls Ja mit welchem Inhalt?**
2. **Wie steht es aktuell um die Bemühungen der Gemeinde Münchenstein zur Einführung von T-30. Was hat der GR unternommen?**
3. **Auf welchen Abschnitten entspricht die Hauptstrasse nicht den baulichen Vorgaben für eine verkehrsorientierte Durchgangsstrasse (Kantonsstrasse)?**

Ich danke Ihnen für's Zuhören und wünsche Ihnen allen eine möglichst sorgenfreie und ruhige Adventszeit sowie alles Gute im Neuen Jahr.

kontakt@gruenemuenchenstein.ch

Links z.H. Protokoll, Gemeindeversammlung 8.12.2025

<https://www.infosperber.ch/umwelt/kurioser-streit-um-ein-paar-sekunden-2/>

https://www.babs.admin.ch/de/newnsb/GtMi_Ff_DsWqcs_p885tO

<https://www.bafu.admin.ch/dam/de/sd-web/gloaafB68Flp/laermarme-strassen-belaenge-oekobilanz-und-lebenszykluskosten.pdf>

Tagesgespräch mit dem BfU-Direktor Stefan Siegrist: srf1, 14.11.2025. «Bei T-30 kommt es innerorts zu deutlich weniger schweren Unfällen».

Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung vom 8. Dezember 2025

Arnold Amacher, Grüne Münchenstein, erinnert daran, dass die Gemeindeversammlung vor 40 Jahren einen Kredit für verkehrsberuhigende Massnahmen an der Hauptstrasse beschlossen habe, seither jedoch trotz wiederholter Vorstösse, Petitionen und Planungen kaum Verbesserungen umgesetzt worden seien. Die Hauptursache sieht er beim Kanton, nicht beim Gemeinderat. Anhand von Beispielen und Vorfällen im Bereich der Trotte schildert er die aus seiner Sicht weiterhin gefährliche Verkehrssituation und kritisiert, dass frühere kantonale Planungen stark reduziert worden seien. Der Votant weist darauf hin, dass derzeit Bestrebungen laufen, Gemeinden und Städten Kompetenzen zu entziehen, indem Bundesrat Rösti auf Verordnungsstufe eine Änderung der Signalisationsverordnung anstrebt. Weder Gemeinden noch das Kantonsparlament hätten dabei Mitwirkungsmöglichkeiten wie Referendum oder Initiative. Er betont unter Bezug auf Aussagen der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU), dass eine Reduktion des Tempos innerorts zentral für weniger schwere Unfälle sei.

Arnold Amacher fragt schliesslich den Gemeinderat, wie er sich in der Vernehmlassung «Hierarchie des Strassennetzes innerorts und ausserorts sichern» zum Vorgehen des Bundes positioniert habe, was aktuell zwischen Gemeinde und Kanton zur Verkehrsberuhigung kommuniziert werde und an welchen Abschnitten der Hauptstrasse die baulichen Voraussetzungen für eine verkehrsorientierte Strasse nicht erfüllt seien (u. a. mit Blick auf die Sicherheit von Velofahrenden/Schulkindern).

Dokumente zuhanden des Protokolls (auffindbar über Google-Suche):

- *«Kurioser Streit um ein paar Sekunden» (Online-Artikel Infosperber, 4.9.2025)*
- *«Lärmarme Strassenbeläge – Ökobilanz und Lebenszykluskosten» (Schlussbericht Forschungsprojekt im Auftrag des BAFU).*

Gemeinderätin Ursula Lüscher informiert über die Auswertung von Geschwindigkeitskontrollen, Verkehrs-zählungen (während und nach den Bauarbeiten an der Unterführung) sowie die Unfallstatistik auf der Hauptstrasse im Dorf. Sie zeigt auf, dass das Verkehrsaufkommen vor der Inbetriebnahme der Autobahn H18 bei rund 14'000 Fahrten pro Tag lag, nach deren Inbetriebnahme auf rund 7000 sank und im Mai 2025 bei 7700 lag. Während der Bauarbeiten und Tempo 30 wurden im September 2025 rund 5500 Fahrten pro Tag gezählt, ohne relevante Staus oder Ausweichverkehr über die Lehengasse. Ende November 2025 lag das Aufkommen bei rund 5000 Fahrten pro Tag; offenbar wählten gewisse Autofahrende auch nach Baustellenende andere Routen. Im Vergleich zu anderen Hauptachsen in Münchenstein (z. B. Emil-Frey-Strasse, Reinacherstrasse) stuft sie das Verkehrsaufkommen auf der Hauptstrasse als gering ein.

Zur Geschwindigkeitskontrolle der Kantonspolizei (Mai 2025) berichtet sie, dass von 110'000 gemessenen Fahrzeugen 0,49 Prozent zu schnell fuhren. Die gemeindeeigenen Messungen ergaben während Tempo 30 eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 29 km/h und nach Aufhebung der Baustellenregelung bei Tempo 50 eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 33 km/h. Daraus folgert die Gemeinderätin, dass sich die Hauptstrasse faktisch kaum für Tempo 50 eignet und Tempo 30 aus Sicht des Gemeinderats keine unverhältnismässige Einschränkung darstellt. Der Gemeinderat setzt sich weiterhin für Tempo 30 ein und reicht erneut ein formelles Gesuch bei der Sicherheitsdirektion ein. Zur Unfallstatistik 2013–2024 nennt sie 17 Unfälle mit Personenschaden (u. a. Velo- und Motorradbeteiligung), darunter zwei schwere Verletzungen (2017 und 2024, beide Motorrad); Fussgängerunfälle mit Personenschaden wurden seit 2013 nicht registriert. Die Kantonspolizei stuft Anzahl und Schwere der Unfälle im Vergleich zu ähnlichen Kantonsstrassen als unter-durchschnittlich ein.

Abschliessend erklärt sie, dass der Gemeinderat zur Vernehmlassung «Hierarchie des Strassennetzes innerorts und ausserorts sichern» fristgerecht eine Stellungnahme abgegeben hat. Darin kritisiert er die geplante Neuregelung als unangemessen, weil sie Tempo 30 innerorts auf verkehrsorientierten Strassen erschwere, Einzelfallprüfungen pauschal verunmögliche und die Gemeindeautonomie beziehungsweise basisdemokratische Prinzipien verletze. Arnold Amachers Frage, welche Abschnitte der Hauptstrasse die baulichen Vorgaben für eine verkehrsorientierte Durchgangsstrasse nicht erfüllten, könne sie nicht beantworten, da es sich um eine Kantonsstrasse handle.